

## **A n t w o r t**

**der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa und Medien**

**auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD  
– Drucksache 18/2648 –**

**Ein Europa für die Menschen**

Die Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa und Medien hat die Große Anfrage namens der Landesregierung – Zuleitungsschreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 2. Mai 2022 und Zuleitung einer Neufassung der Antwort am 10. Mai 2022 – beantwortet.

# 18/3102 NEU

## 10-05-2022

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

Präsidenten des  
Landtags Rheinland-Pfalz  
Herrn Hendrik Hering  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

**BEVOLLMÄCHTIGTE DES  
LANDES BEIM BUND  
UND FÜR EUROPA  
UND MEDIEN**

Peter-Altmeier-Allee 1  
Eingang Deutschhausplatz  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-4771  
Mail: [Poststelle@stk.rlp.de](mailto:Poststelle@stk.rlp.de)  
[www.stk.rlp.de](http://www.stk.rlp.de)

29. April 2022

### **Große Anfrage der Fraktion der SPD Ein Europa für die Menschen** - Drucksache 18/2648

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

Europa und das Mitwirken in den vielschichtigen Prozessen innerhalb der Europäischen Union ist für das Land Rheinland-Pfalz selbstverständlich gelebte politische, kulturelle und zivilgesellschaftliche Realität. In unserer Region mit Grenzen zu Frankreich, Belgien, der Schweiz und die fast zwanzigjährige interregionale Zusammenarbeit im Rahmen des 4er-Netzwerks gehört das gelebte Europa zum Alltag der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger. Die Landesregierung setzt sich nachdrücklich für den Zusammenhalt in Europa ein und steht fest zur Verankerung des Landes im europäischen Friedenskonstrukt basierend auf gemeinsamen und universellen Werten. Gerade im Hinblick auf die derzeitigen geo- und sicherheitspolitischen Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent zeigt sich der unbezahlbare Wert von Frieden und den Errungenschaften europäischer Integration.

Namens der Landesregierung beantworte ich die Große Anfrage wie folgt:

## **I. Allgemeine Europapolitik**

### *1. Mit welchen Aktionen und Formaten bringt die Landesregierung den Menschen den europäischen Gedanken näher?*

Die Landesregierung lebt und fördert den europäischen Gedanken im politischen Alltag, insbesondere in der grenzüberschreitenden, der interregionalen Zusammenarbeit und in der Umsetzung von EU-Programmen. Die Interessenvertretung auf europäischer Ebene findet in Brüssel gegenüber der Kommission, dem Rat, dem EP oder dem Europäischen Ausschuss der Regionen statt. In der Europaministerkonferenz nimmt Rheinland-Pfalz eine aktive Rolle ein.

Europabildung hat für die Landesregierung einen großen Stellenwert. Die 87 Europaschulen stellen nur eine Säule dar. Jedes Jahr bietet die Landesregierung die Möglichkeit, für Seminare, Begegnungen, Projekte und Veranstaltungen mit europäischem Bezug im Rahmen der „Europawoche“ finanzielle Förderung in Anspruch zu nehmen und unterstützt bei Bedarf mit pädagogischen Materialien. Diese Maßnahmen der Europabildung sind dabei keineswegs auf junge Menschen beschränkt. Die „Europawoche“ in Rheinland-Pfalz hat jährlich wechselnde Schwerpunktthemen, die sich an der europapolitischen Aktualität orientieren. Sie findet meist rund um den Europatag (9. Mai) statt. Die Landesaktivitäten sind eingebettet in die deutschlandweite koordinierte Aktionswoche. Die Ländergemeinschaft, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament rufen dazu gemeinsam auf.

Seit 30 Jahren schreibt das Land den „Europapreis“ aus. Schulen, Akteur:innen der Zivilgesellschaft, Vereine und Kommunen bringen sich seit 1992 in einen Wettbewerb mit kreativen europapolitischen Beiträgen (zum Beispiel Comics, Fotos, Filme, Zeichnungen etc.) zu einem von der Landesregierung festgelegten Thema ein. Eine hochkarätige Jury mit europapolitischen Akteuren aus dem gesamten Land wählt die besten Beiträge aus. Die Verleihung durch die Bevollmächtigte des Landes für Europa findet jährlich in festlichem Rahmen in der Staatskanzlei statt.

Die Landesregierung bewirbt zum Zweck der Europa-Bildung und der Steigerung von Interesse an politischen Themen intensiv den EU-Projekttag in Schulen, der jährlich im Mai terminiert wird. Mandatsträger:innen aller Ebenen und Bildungseinrichtungen des Landes vereinbaren bilateral Termine für Veranstaltungen, zu denen ein intensiver Austausch zu europäischen und allgemeinen politischen Fragen mit jungen Menschen erörtert und diskutiert werden.

Die Europaschulen stellen seit 2015 ein jährlich wachsendes und lebendiges Netzwerk dar. Mit der Zertifizierung werden an diesen Schulen bereits bestehende umfangreiche Fremdsprachenangebote und Austauschprogramme, sowie die Teilnahme an integrativen und demokratiefördernden Programmen und Projekten weiter gepflegt.

Neben den Fördermöglichkeiten im Rahmen der Europawoche fördert die Landesregierung auch Informationsfahrten nach Brüssel, die die rheinland-pfälzischen Europaschulen mit Unterstützung von Seiten der Staatskanzlei und der Landesvertretung bei der EU in Brüssel durchführen können.

Die Regionalpartner des 4er-Netzwerks (Rheinland-Pfalz, Burgund-Franche-Comté (FR), Woiwodschaft Oppeln (PL) und Mittelböhmen (CZ)) schreiben jedes Jahr ein Europaquiz zu einem im Vorfeld zentral festgelegten Thema aus. Die Gewinnergruppen aus allen vier Partnerregionen werden mit einer Reise nach Brüssel belohnt, bei der die interregionale Begegnung und die europapolitische Bildung junger Menschen im Vordergrund stehen. Die rheinland-pfälzische Landesvertretung in Brüssel ist maßgeblich in die Organisation der Gruppen vor Ort eingebunden.

Das 4er-Netzwerk und der Landessportbund führen zudem jährlich den Deutsch-Französischen Sporttag für Sportgruppen in jährlich wechselnden Disziplinen durch, an dem sich seit vielen Jahren auch Gruppen aus Oppeln und Mittelböhmen beteiligen. Die quadrilaterale Begegnung stellt sportliche Leistungen in den Mittelpunkt, aber ermöglicht auch die Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Projekt und den interkulturellen Austausch junger Menschen.

Der jährliche Rheinland-Pfalz-Tage wird als Bühne genutzt, die facettenreiche Zusammenarbeit sowohl im Europabereich, als auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, im internationalen Bereich und im Rahmen des interregionalen 4er-Netzwerks vor zu stellen. Kreative und partizipative Angebote fördern hierbei den direkten Austausch mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Sie tragen dazu bei, den Europagedanken im Land mit Leben und anschaulichen Beispielen zu füllen.

Bei ihrer Arbeit kann die Landesregierung auf starke Partner bauen: Der Partnerschaftsverband 4er-Netzwerk e.V. in Kooperation mit dem Haus Burgund-Franche-Comté in Mainz und mit der Vertretung der Woiwodschaft Oppeln in Mainz sehen die Praktikumsvermittlung in die jeweiligen Partnerregionen des 4er-Netzwerks als eine ihrer zentralen Aufgaben an. Diese Vermittlungsarbeit trägt ebenfalls dazu bei, den Bekanntheitsgrad des 4er-Netzwerks europaweit zu steigern und interregionale Austauschverfahren in Europa zu ermöglichen.

## *2. Wie ist Rheinland-Pfalz in Europa vernetzt?*

Europaweite Vernetzungsstrukturen existieren in nahezu allen Landesorganen und -institutionen, Staatskanzlei, Ministerien und entsprechend nachgeordneten Behörden, Schulen, Vereinen, Zivilgesellschaft und diversen Organisationen. Beispielhaft wird auf die für die EU-Förderprogramme eingerichteten Stellen verwiesen, die mit den Stellen anderer Regionen und der Kommission vernetzt sind. Auf Ebene der Städte-, Gemeinde- und Landkreise tragen auch die vielen kommunalen Partnerschaften und somit der direkte Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern zu einer europaweiten Vernetzung bei.

Das Land Rheinland-Pfalz unterhält seit über 30 Jahren eine Vertretung des Landes bei der EU in Brüssel. Sie ist eine Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft des Landes und der europäischen Ebene. Ihre Hauptaufgabe ist die Kommunikation und die Vertretung von Landesinteressen gegenüber den europäischen Institutionen und Gremien der EU und das Ermöglichen einer aktiven Beteiligung am europäischen Gesetzgebungsprozess. Des Weiteren ist sie ein Schaufenster des Landes und erreicht mit ihren umfänglichen

Fachveranstaltungsformaten europapolitische Akteure:innen, um den komplexen europäischen Entscheidungsprozess mitzugestalten. EU-weit ist das Land auch über seine Mandate im Europäischen Ausschuss der Regionen vernetzt, der gegenüber anderen europäischen Institutionen im Rahmen seiner Rolle im Legislativprozess die Interessen und Anliegen lokaler und regionaler Gebietskörperschaften vertritt. Der Europäische Ausschuss der Regionen ist zudem enger Kooperationspartner für die Europäische Kommission im prälegislativen Konsultationsprozess und für das Europäische Parlament während des europäischen Gesetzgebungsprozesses.

In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit arbeitet Rheinland-Pfalz seit Jahrzehnten eng und vertrauensvoll mit seinen angrenzenden Nachbarn bilateral und im Rahmen der beiden Kooperationsräume Oberrheinkonferenz (ORK) und Großregion (GR) zusammen. Dabei stehen im Mittelpunkt der Zusammenarbeit dies- und jenseits der Grenzen konkrete Alltagserleichterungen im grenzüberschreitenden Zusammenleben für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu ermöglichen.

Ein weiteres Beispiel für die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg sind die Beratungsstellen INFOBEST, der Europäische Verbund der Territorialen Zusammenarbeit - kurz „EVTZ“ – im Kooperationsraum Eurodistrict PAMINA, der sich über die Südpfalz, Teile von Baden und das Nord-Elsass erstreckt. An dessen Verwaltungssitz in Lauterbourg ist auch u.a. das Beratungsbüro INFOBEST angesiedelt. Es dient als Anlaufstelle für den direkten persönlichen Dialog mit vielen Bürgerinnen und Bürgern. Ziel ist die Unterstützung bei aufkommenden Fragen, die sich im Zusammenhang mit grenzüberschreitendem Leben und Arbeiten der Menschen in den Grenzregionen ergeben. INFOBEST-Stellen helfen, um vor Ort bestehende Hemmnisse und Regelungsbedarfe für die Menschen in der Grenzregion zu klären und Lösungen für konkrete Fragen aufzeigen.

Allen genannten Kooperationsstrukturen gemeinsam ist, dass sie grenzüberschreitende Projekte betreuen, die allseits die Lebensverhältnisse verbessern und auch die interkulturelle Verständigung befördern sollen. Diese Projekte werden häufig durch die EU-Interreg-Mittel gefördert und umfassen zahlreiche Themenfelder, etwa von der Infrastruktur und Raumordnung (z.B. Rad- und Schienenwegen wie auch der Wasserversorgung) über Umwelt- und

Klimaprojekte (Stichwort „Biosphärenreservat“) bis hin zur Gesundheitsversorgung („Rettungswesen“ und „Patientenverlegung“).

Rheinland-Pfalz ist neben seinem Engagement im Gebiet des Oberrheins und der Großregion auch als eines von drei Ländern Mitglied im deutsch-französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ). Der AGZ hat seine Wurzeln im Vertrag von Aachen, der 2019 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik geschlossen wurde und an den Élysée-Vertrag zur deutsch-französischen Zusammenarbeit von 1963 anknüpft. Auf dem Hambacher Schloss trat der AGZ am 22. Januar 2020 seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die deutsch-französische Vernetzung gelingt in diesem Ausschuss nicht nur zwischen den exekutiven Ebenen der Länder, der Bundesregierung und der französischen Nationalregierung, sondern umfasst sie auch Abgeordnete des Bundestages und der französischen Assemblée Nationale sowie Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und der Eurodistrikte. Der Ausschuss arbeitet an der Überwindung von Hemmnissen und Hindernissen, die im Alltag der im deutsch-französischen Grenzgebiet lebenden Menschen von Relevanz sind.

Die 60-jährige Partnerschaft mit Rheinland-Pfalz und Burgund-Franche-Comté feiert in diesem Jahr ein besonderes Jubiläum. Das Land betreibt seit mittlerweile 30 Jahren das Haus Rheinland-Pfalz in Dijon, das wie das Maison de Bourgogne-Franche-Comté in Mainz eine herausgehobene Rolle als Multiplikator in der Partnerregion auf vielen unterschiedlichen Ebenen innehat. Das Haus in Dijon dient auch als Goethe Institut für den Spracherwerb in der Partnerregion und führt kulturelle Veranstaltungen durch. Zudem erfüllt es die Aufgaben eines Honorarkonsulats in der Region Burgund-Franche-Comté. Gemeinsam mit den anderen Partnern im 4er-Netzwerk wird der Austausch von Praktikanten ermöglicht. Es erfüllt die Funktion als Schaufenster des Landes und hat eine Scharnierfunktion zwischen politischen Institutionen und Organen in der Region Burgund-Franche-Comté und Rheinland-Pfalz.

Ab dem Jahr 1991 haben Rheinland-Pfalz und die polnische Woiwodschaft Oppeln erste Kontakte geknüpft und sind seit 1996 vertrauensvolle Partner. 2004 wurden beide Regionen neben Burgund-Franche-Comté und Mittelböhmen Mitglied im „4er Netzwerk der Regionalpartner“. Kooperationen erstrecken sich über alle Bereiche

des kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Ein besonderes Zeichen für die enge Partnerschaft ist die Repräsentanz der Woiwodschaft Opoln in Mainz, die Ausgangspunkt und Antriebskraft für viele gemeinsame Projekte mit europäischen und internationalen Elementen und Veranstaltungen ist.

Eine weitere Dimension ist die europaweite Vernetzung des Landes im Rahmen des 4er-Netzwerks und den zahlreichen daran beteiligten Institutionen und Organen des Landes. Landtag, Staatskanzlei und Ministerium des Innern und für Sport fördern in dem Zusammenhang den Partnerschaftsverband 4er-Netzwerk e.V. mit Sitz in Mainz, der sich in der interregionalen kommunalen Zusammenarbeit und zahlreichen Projekten der 4er-Netzwerks engagiert, ERASMUS Plus-Projekte durchführt und landesweiter Ansprechpartner sowie Förderer für zivilgesellschaftliche Projekte unter dem Dach des mit dem Aachener Vertrag ins Leben gerufenen Deutsch-Französischen Bürgerfonds ist.

*3. und 4. Wie unterstützt die Landesregierung den europäischen Austausch im Bildungsbereich? Welche Projekte finden statt, um speziell die Jugend für Europa zu begeistern?*

Verweis auf bereits genannte Formate in der Antwort zu Frage 1.

Bildung spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Europas Werten, vor allem der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und trägt auch dazu bei, die europäische Identität besser zu verstehen. Die Vermittlung gemeinsamer Werte fördert Zugehörigkeit und ist damit die Basis für eine stabile europäische Gesellschaft. Die Landesregierung möchte Kinder und Jugendliche von Beginn an für die Europäische Idee begeistern und durch Begegnungen jungen Menschen ermöglichen, Vielfalt zu erleben sowie Toleranz, Respekt und Offenheit zu erfahren.

Schulen in Rheinland-Pfalz pflegen ca. 1.300 Schulpartnerschaften mit Schulen in anderen Ländern, die überwiegende Zahl dieser Partnerschaften bestehen zu Schulen in europäischen Staaten. Diese von engagierten Lehrerinnen und Lehrern gepflegten Partnerschaften bilden das Rückgrat der europäischen Austausch- und

Begegnungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung fördert Begegnungen mit Haushaltsmitteln des Landes. Schulen erhalten Fördermittel durch Antrag bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion oder beim Ministerium für Bildung.

Mit dem europäischen Austauschprogramm Erasmus+ werden darüber hinaus nicht nur Begegnungen und demokratische Teilhabe gefördert, sondern auch gemeinsame Werte und das kulturelle Erbe Europas vermittelt. Seit Oktober 2020 läuft das Bewerbungsverfahren für die neue Programmgeneration Erasmus+ 2021-2027. Die Schulverwaltung in Rheinland-Pfalz (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion) hat sich als Bildungsinstitution erfolgreich für das neue Programm akkreditiert. Sie leitet und betreut in der neuen Programmgeneration als sogenannter „Konsortialführer“ ein Mobilitätskonsortium von ca. 600 allgemeinbildenden Schulen (Primarbereich, Sek. I und Sek II) und 100 berufsbildenden Schulen. Die Akkreditierung schafft einen Rahmen für die Einbettung von Mobilitätsaktivitäten in die Organisationsentwicklung rheinland-pfälzischer Bildungsbehörden und Schulen und bildet eine langfristige Grundlage für eine europäische Bildungsentwicklung basierend auf Inklusion, Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Partizipation.

An zentraler Stelle steht ein Erasmus-Plan als Leitfaden für die europäischen Aktivitäten rheinland-pfälzischer Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Schulleitungen sowie pädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Neben der Ausweitung europäischer Begegnungen, der Förderung interkultureller Kompetenzen sowie der Fremdsprachen werden Demokratiebildung und die Bildungskooperationen mit den europäischen Regionalpartnern auf Bildungsebene unterstützt.

Für die neue Antragsrunde wurden für Rheinland-Pfalz überdies insgesamt 75 Akkreditierungsanträge einzelner Schulen (46 allgemeinbildende Schulen, 27 berufsbildende Schulen) sowie vom Pädagogischen Landesinstitut gestellt. Das Pädagogische Landesinstitut wird jährlich Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen, an Fortbildungen oder Schulhospitationen in Europa teilzunehmen. Rheinland-Pfalz ist somit das Land mit den dritthäufigsten Akkreditierungen hinter den großen Flächenländern Bayern und Nordrhein-Westfalen. Diese hohe Anzahl an Anträgen

ist für Rheinland-Pfalz ein starkes Signal für Europa und für die weiterhin lebendigen internationalen Kooperationen in den Schulen.

Das Pädagogische Landesinstitut fördert ein weiteres Erasmus-Projekt „European values for new generations – living democracy at schools“. Es handelt sich dabei um ein gemeinsames Projekt zur Lehrerbildung im Bereich der Demokratieerziehung mit Lehrerfortbildungsinstitutionen und Schulen aus Finnland, Kroatien, Polen und Spanien.

Umfassende Austauschprogramme und Fremdsprachenangebote sowie die regelmäßige Durchführung kreativer Projekte werden durch die mittlerweile 87 Europaschulen im Land gefördert. Auch das Europahaus Marienberg eröffnet Jugendlichen die Möglichkeit, sich mit Europa zu beschäftigen und kritisch auseinanderzusetzen. In diesem Jahr finden beispielsweise 6 internationale Jugendbegegnungen statt sowie rund 70 Bildungsprojekte mit Jugendlichen.

Im Berufsbildenden Bereich sind zwei Projekte hervorzuheben, die den europäischen Austausch im Bildungsbereich fördern und junge Menschen für Europa begeistern: Das Projekt Azubi-BacPro sowie das Interreg-Projekt „Smart Factory“ (Lernfabrik) der Berufsbildenden Schule (BBS) Germersheim/Wörth. Das Austauschprogramm Azubi-BacPro trägt dazu bei, den binationalen Austausch zu fördern, die Mobilitätsquote von Auszubildenden zu erhöhen und so die Verbundenheit mit Europa und dem europäischen Gedanken zu stärken. Die Elemente von Azubi-BacPro sind die Integration von berufsbezogenem Französisch in Lernbereich, Förderung von interkultureller Kompetenz, berufsbezogener Fremdsprachenunterricht und ein drei- bis achtwöchiges Praktikum in Frankreich. Bei dem Projekt „Smart Factory“ steht die Schaffung eines deutsch-französischen Kompetenz- und Lernnetzwerks 4.0 im Fokus. Die Lernfabrik ist ein Teil der Maßnahmen, die die Schülerinnen und Schüler fit für die Zukunft und die Industrie 4.0 machen soll. Das Ziel des Projektes ist es, ein zweisprachiges, grenzüberschreitendes und innovatives Bildungsnetzwerk im Bereich der digitalisierten Lagerung und Fertigung zu schaffen und so langfristig und nachhaltig deutschen und französischen Lernenden die Möglichkeit zu geben, in dieser modernen Lernfabrik zu arbeiten.

Auf einem Weg zu einem gemeinsam gelebten Europa tragen die Grenzregionen einen wichtigen Beitrag und haben Modellcharakter für das Zusammenwachsen Europas. Rheinland-Pfalz, als Grenzland mitten in Europa, ist sich dieser Verantwortung bewusst und arbeitet daher eng mit den europäischen Grenznachbarn in der Großregion und am Oberrhein zusammen. Mit dem Schuman-Austauschprogramm in der Großregion wird seit 2003 Schülerinnen und Schülern der achten bis zehnten Klassenstufen die Teilnahme an Austauschen ermöglicht. Der Austausch wird von den Schulbehörden in den Partnerregionen gemeinsam organisiert und koordiniert.

Das Interreg-Projekt SESAM'GR ist ein grenzüberschreitendes Bildungsprojekt in der Großregion und ist mit über 20 Partnern aus dem formalen und nicht-formalen Bildungsbereich sowie einem Budget von insgesamt 7,28 Millionen Euro das größte schulische Bildungsprojekt in Europa. SESAM'GR bezieht sich auf die Themen Mehrsprachigkeit, Demokratiepädagogik und berufliche Orientierung in der Großregion. Auch in diesem Rahmen fanden zahlreiche Begegnungen von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften aus der Großregion statt. Die Fortschreibung des Projektes in der neuen Förderperiode ist geplant.

Die Landesregierung unterstützt ferner die Zusammenarbeit im Rahmen des 4-er Netzwerks. Die Zusammenarbeit im Bildungsbereich zielt auf eine enge multiregionale Vernetzung der Schulen in internationalen Projekten und auf den Aufbau von Schulpartnerschaften auf verschiedenen Ebenen des schulischen Lebens. Im Rahmen des 4-er Netzwerks finden jährlich Partnerschafts- und Austauschforen für Lehrkräfte und Schulleitungen statt, die der Initiierung und qualitativen Verbesserung von Schulpartnerschaften, der konkreten Entwicklung zukunftsorientierter Begegnungsprogramme sowie dem fachlichen Erfahrungsaustausch zu pädagogischen und schulorganisatorischen Themen dienen. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden Veranstaltungen auch digital durchgeführt. So konnte beispielsweise ein Vierernetzwerk-eTwinning-Kontaktseminar „eTwinning connects regions – living partnerships in the ‚Four regions network““ virtuell Ende 2021 stattfinden, welches im Mai 2022 als Seminar in Präsenz in Bad Kreuznach fortgeführt wird. Aufgrund der langjährigen Vernetzung konnten darüber hinaus für das Erasmus+-Programm zahlreiche bilaterale Schulpartnerschaften und Partnerprojekte erfolgreich vermittelt werden.

Mit der Partnerregion Burgund-Franche-Comté wird seit über fünfzehn Jahren gemeinsam das individuelle Schüleraustauschprogramm „Romain Rolland“ für die 9. Klassen durchgeführt. Durch eine Ausweitung des Programms auf Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 ab dem Schuljahr 2018/2019 kommt das Programm auch den G8-Gymnasien entgegen. Den Schülerinnen und Schülern wird während eines vierzehntägigen Aufenthaltes die Möglichkeit gegeben, die Partnerregion zu erleben und Kontakte aufzubauen. Seit 2011 gibt es zudem das einwöchige „Anna Seghers-Programm“ für die 10. Klassen.

Das Pädagogische Landesinstitut wird im Herbst 2022 eine Gruppe französischer Lehrkräfte in einem Hospitationsprogramm im Bereich „Migration und Erwerb der Zweitsprache“ in den Berufsbildenden Schulen begleiten und fortbilden.

Mit Polen, und hier vor allem mit der Partnerregion Oppeln, pflegt Rheinland-Pfalz enge Kontakte. Wichtige Grundlage für die Beziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und Polen sind nach wie vor die zahlreichen Schulpartnerschaften und darüber hinaus gehende intensive Kontakte im Bildungsbereich auf Ebene von Lehrkräften, Schulleitungen, Schulbehörden und Lehrerfortbildungseinrichtungen. Im Schuljahr 2019/2020 bestanden mehr als 100 aktive Schulpartnerschaften, davon 32 mit der Partnerregion Oppeln. Eine weitere Besonderheit ist, dass die Zuständigkeit für die Zentralstelle des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion liegt. Die Einrichtung einer Abordnungsstelle „Koordination der Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit Polen und dem Vierernetzwerk“ bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Koblenz dient der fachlichen Beratung der Zentralstelle des DPJW, der Zusammenarbeit mit den Schulbehörden der Woiwodschaften Oppeln und Kleinpolen, dem Vierernetzwerk sowie der Initiierung von Schülerbegegnungen und der Entwicklung von gemeinsamen Programmen und Projekten im Bereich der Schul- und Unterrichtsentwicklung. Da es den Schulbehörden daran gelegen ist, dass die Begegnungsprogramme weiterhin erfolgreich verlaufen, wurden in den letzten Jahren neue Formen und Themen der Kommunikation sowie Kooperation in den Bereichen Sport, Kunst und Musik erprobt. Sie dienen der gezielten Anbahnung von motivierenden Schülerbegegnungen mit Projektorientierung, in denen nicht das Erlernen einer Sprache, sondern das gemeinsame Erleben und das Entdecken von Gemeinsamkeiten im Vordergrund stehen. Gemeinsames, verbindliches Handeln

und Tun sollen der Überwindung von Grenzen und dem Abbau von Vorurteilen dienen.

Das Pädagogische Landesinstitut führt mit seinem Partner, dem Lehrerfortbildungsinstitut in Oppeln, ein gemeinsames Fortbildungsprojekt „Schulen für Partizipation und Demokratie in Europa“ durch. Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Lehrerinnen und Lehrer aus Rheinland-Pfalz und Oppeln nehmen an vier Fortbildungsmodulen teil und führen in Schul-Tandems Schulprojekte mit ihren Schülerinnen und Schülern durch.

Für die Landesregierung geht Europa- und Demokratiebildung auch immer mit Erinnerungskultur einher. Daher hat die schulische Gedenkarbeit, gerade auch mit Blick auf Europa, einen hohen Stellenwert für die Landesregierung. Auch hier können Schulen auf Antrag Fördermittel für Projekte in diesem Bereich erhalten. Neben den bereits bestehenden Kontakten werden verstärkt Projekte mit griechischen Partnern gefördert. So werden Lehrkräfte im Bereich der deutsch-griechischen Beziehungen im 20./21. Jahrhundert fortgebildet und Schulprojekte zwischen deutschen und griechischen Schulen initiiert. Immer mehr rheinland-pfälzische Schulen führen Projekte mit griechischen Schulen im Bereich der Erinnerungskultur und der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sowie der jüdischen Geschichte durch. Auch auf Basis des deutsch-griechischen Jugendwerks werden Schülerprojekte gezielt in diesen Bereichen in Griechenland durchgeführt.

Ferner unterstützen folgende Partner die Europabildung in der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften:

Das Erziehungswissenschaftliche Fort- und Weiterbildungsinstitut (EFWI) bietet alle zwei Jahre und so auch im Oktober 2022 eine Studienfahrt „Blick über den Zaun“ für Schulleiterinnen und Schulleiter im Bereich der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Neustadt an. Bei diesen Studienfahrten geht es grundsätzlich um den Austausch im Bildungsbereich unter wechselnden Fragestellungen. In diesem Jahr wird beispielsweise eine Reise nach Estland zum Thema Digitalisierung stattfinden. Auch ist das Thema „Europa und seine Staaten“ innerhalb des Programms des EFWI „Pädagogische Schulentwicklung (PSE)“ fest verankert. Ursprünglich für den Sachunterricht entwickelt, wird das Thema

mittlerweile auch im Fach Deutsch und im Rahmen von Schulprojekten eingesetzt, damit Schülerinnen und Schüler bereits früh mit dem Thema „Europa“ in Verbindung kommen.

Die Fridtjof-Nansen-Akademie (FNA) – Weiterbildungszentrum Ingelheim (WZB) unterstützt in diesem Jahr den europäischen Austausch im Bildungsbereich mit einer Kooperation zwischen der FNA und dem EUROPE DIRECT Informationszentrum Ingelheim, das als Stabsstelle im WBZ angesiedelt ist. Im Rahmen des diesjährigen „Europäischen Jahres der Jugend“, welches von der Europäischen Kommission ausgerufen wurde, werden EU-Jugendplanspiele kostenfrei angeboten. Die EU-Jugendplanspiele richten sich an Schülerinnen und Schüler der 9.-12. Klassenstufen oder entsprechende außerschulische Altersgruppen. Bearbeitet werden können die Themen ‚Aktuelle Herausforderungen und Chancen für die EU‘, ‚Gemeinsames nachhaltiges Handeln auf europäischer Ebene zur Bewältigung der Klimakrise‘ und ‚Gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik‘. Ferner wird EUROPE DIRECT Informationszentrum zum Anlass des "Europäischen Jahrs der Jugend" und des Projekts "Next Generation EU" mit weiteren Veranstaltungen und Projekten dazu beitragen, junge Menschen für europäische Politik zu begeistern. Hier wird vor allem Wert auf eine Zusammenarbeit mit den Jugendeinrichtungen vor Ort gelegt.

Das EUROPE DIRECT Informationszentrum in Kaiserslautern ist seit vielen Jahren zuverlässiger und bewährter Kooperationspartner bei der Organisation von europapolitischen Veranstaltungen, so wie der interregionale Bürgerdialog der beiden Regionen Burgund-Franche-Comté und Rheinland-Pfalz im Rahmen der Konferenz zur Zukunft der EU in den Jahren 2021 und 2022. Zudem führt das EUROPE DIRECT in Kaiserslautern zahlreiche Veranstaltungen durch, die als Austauschplattform und Diskussionsforum zwischen Entscheidern und Experten der europäischen Ebene und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort im südlichen Landesteil großen Anklang finden.

*5. Welche Schwerpunkte hat die Landesregierung während des Vorsitzes in der Europaministerkonferenz verfolgt?*

Rheinland-Pfalz und insbesondere die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa und Medien, Staatssekretärin Heike Raab, hatte vom 1. Juli 2019 bis zum 30. Juni 2020 den Vorsitz in der Europaministerkonferenz (EMK) inne. Die EMK vertritt die Interessen der 16 deutschen Länder in Europaangelegenheiten gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union. Unter dem Motto „Zusammen sind wir Europa“ lagen die Schwerpunkte des rheinland-pfälzischen Vorsitzes auf der Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der Zusammenarbeit mit Frankreich, der Industrie- und Wettbewerbspolitik sowie der Europabildung.

Ohne die deutsch-französische Freundschaft gäbe es keine Europäische Einigung und keine Zukunft für Europa. Der Aachener Vertrag hat die seit Jahrzehnten enge Beziehung beider Länder auf eine zeitgemäße Grundlage weiterentwickelt. Obwohl Deutsche und Franzosen seit Jahrzehnten gemeinsam an der Zukunft Europas bauen, ist ihre Freundschaft kein Selbstläufer. In jüngerer Zeit waren unterschiedliche Ansichten, Wahrnehmungen und Mentalitäten auch in der Europapolitik immer wieder erkennbar. Darum hatte der rheinland-pfälzische EMK-Vorsitz es sich zur Aufgabe gemacht, innerhalb beider Länder, gemeinsame Visionen für Europa und Positionen zu wichtigen Zukunftsthemen zu entwickeln. Die EMK hatte sich unter rheinland-pfälzischem Vorsitz daher intensiv mit aktuellen Entwicklungen des bilateralen Verhältnisses und ihren Auswirkungen auf die Europäische Einigung befasst. Herausragendes Ereignis war der Deutsch-Französische Ministerrat am 16. Oktober 2019 in der Région Grand Est.

Die industriepolitischen Aktivitäten der EU-Kommission stehen schon lange im Blickpunkt von Verbänden und nationalen Entscheidungsträgern. Die Erwartungen an die EU sind nach wie vor hoch. Wichtige Themen waren unter rheinland-pfälzischem EMK-Vorsitz der Digitale Binnenmarkt, Fachkräftesicherung, die Klima- und Energiepolitik, Außenhandel und die Kreislaufwirtschaft.

Dem Vorsitz war daran gelegen, Strukturen zu schaffen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig weiter zu entwickeln. Nur so können national und international wettbewerbsfähige Unternehmen erfolgreich für Wertschöpfung und Arbeitsplätze sorgen.

Der rheinland-pfälzische Vorsitz hatte das Thema Europabildung als weiteren Arbeitsschwerpunkt festgelegt, denn junge Menschen haben heute durch die

Europäische Union Möglichkeiten wie kaum eine Generation zuvor. Es lag dem Vorsitz daran, jungen Menschen eine aktive Mitgestaltung an ihrer Zukunft einzuräumen, um ihre Ideen mit anderen jungen Menschen zu teilen. In diesem Rahmen hat der rheinland-pfälzische EMK-Vorsitz weiterhin die facettenreichen Förderangebote für Schüler:innenbegegnungen und Austauschprogramme, sowie europapolitische Bildungsangebote der Landesregierung fortgeführt und beworben.

6. *2022 wird der nächste Europaplan, das rheinland-pfälzische Programm für europapolitisches Handeln, aufgelegt. Welche europapolitischen Prioritäten setzt die Landesregierung hiermit?*

Der Europaplan 2022 wird sich Schwerpunktthemen widmen, die viele Politikbereiche auf Ebene des Landes und europäischer Ebene berühren. Ziel ist es, der interessierten (Fach-)Öffentlichkeit und den Bürger:innen einen Überblick über die wichtigsten europapolitischen Positionen und Vorhaben der Landesregierung für die kommenden zwei Jahre zu geben. Analog zu den beiden vorangegangenen Ausgaben in den Jahren 2018 und 2020 wird die auch neue Ausgabe des Europaplans Fragestellungen aufgreifen, die sich aus der kurz- und mittelfristigen (legislativen) Agenda der europäischen Institutionen und der EU-Kommission ergeben. Allerdings werden dabei diesmal die jüngsten geo- und sicherheitspolitischen Veränderungen und ihre mittel- und langfristigen Auswirkungen in den Fokus genommen werden, vor deren Hintergrund sich viele Herausforderungen neu oder verschärft stellen.

Der Europaplan 2022 wird sich voraussichtlich mit folgenden Themen befassen:

- European Green Deal
- Digitaler Wandel
- Forschung, Gesundheit, Innovationen
- Dynamik für die europäische Wirtschaft
- Europa der Werte

□ Bürgernäheres Europa

7. *Seit einigen Jahren entwickelt sich eine europäische Kultur – wie fördert die Landesregierung diese Kultur?*

Der rheinland-pfälzischen Landesregierung ist insbesondere die Förderung internationaler kultureller Beziehungen, gerade innerhalb von Europa, ein wichtiges Anliegen.

Vor diesem Hintergrund unterstützt das Kulturministerium jedes Jahr Maßnahmen grenzüberschreitender Kulturarbeit. In den vergangenen Jahren konnte es so zahlreichen Künstlerinnen und Künstlern sowie Kultureinrichtungen aus Rheinland-Pfalz im Rahmen von Projektförderungen ermöglicht werden, ihre Arbeit in verschiedenen Kultursparten in europäischen Nachbar- und Partnerländern zu präsentieren bzw. weiterzuentwickeln. So nahm beispielsweise der Bildende Künstler Stefan Budian ein länderübergreifendes Kunstprojekt zu den Visegrád-Staaten auf. Das Kinder- und Jugendtheater Speyer eröffnete eine Spielzeit mit einer gemeinsamen Produktion des Märchens „Der Froschkönig“ mit dem Teatro del Drago aus Ravenna. Auch die Interregionale Jugendwoche für sinfonisches Blasorchester der Europäischen Vereinigung für Eifel und Ardennen ebenso wie das Studentische Theaterfestival in der Großregion, GrAFiT*i*, und das Literaturprojekt „Poesie in der Großregion“, um weitere Beispiele zu nennen, wurden mit Landesmitteln gefördert. Kulturelle Maßnahmen werden ferner auch in Erfüllung des mit Opatowitz und Kladno geschlossenen Kooperationsabkommens der Bibliotheken realisiert. Hierbei vertritt das Landesbibliothekszentrum (LBZ) das Land Rheinland-Pfalz gegenüber den Partnern kulturell und trägt damit zum internationalen Kulturaustausch bei.

Der „Deutsche Frühling in Estland“ wird seit 2010 jährlich von der Deutschen Botschaft Tallinn und dem Goethe-Institut Estland als zentrale deutsch-estnische Veranstaltung ausgerichtet. Ziel des „Deutschen Frühlings“ ist es, Deutschland als interessantes, kreatives, modernes und vielseitiges Land zu präsentieren. Jedes Jahr ist ein anderes Bundesland Partnerland des Deutschen Frühlings und

kann die Gelegenheit nutzen, sich dem estnischen Publikum zu präsentieren. Im Jahr 2022 ist Rheinland-Pfalz Partnerland des Deutschen Frühlings und stellt sich über einen Monat lang, in der Zeit vom 4. April bis 9. Mai 2022, als vielfältiges und innovatives Land vor. Mehrere politische Delegationen aus Rheinland-Pfalz haben den facettenreichen Veranstaltungsformaten in Estland beigewohnt. Es gab musikalische Beiträge und auch die sechs landeseigenen Weinbaugebiete im Land samt Weinkönigin konnten sich in Estland präsentieren. Aber auch fachliche Themen wie die Digitalisierung und Impulse aus Rheinland-Pfalz konnten während des deutschen Frühlings eine herausgehobene Rolle spielen, da die weitentwickelte Digitalisierung Estland zu einem Spitzenreiter in Europa macht. Kern des rheinland-pfälzischen Programms waren jedoch kulturelle Elemente, wie Filmvorführungen (Edgar Reitz) und Lesungen sowie Ausstellungen.

Das Kulturministerium bringt sich inhaltlich und finanziell zudem in verschiedenen Gremien zur Förderung und Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Kulturarbeit ein. Innerhalb der Großregion betrifft dies die Zusammenarbeit von Rheinland-Pfalz mit Belgien, Frankreich, Luxemburg und dem Saarland innerhalb der Arbeitsgruppe Kultur, die zum Ziel hat, die Vielfalt der Kultur der Großregion hervorzuheben und den grenzüberschreitenden Dialog zwischen Kulturschaffenden auf der Ebene der Großregion zu stärken. Im Kontext der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz gilt dies für die Arbeit des Forum Kultur, in welches sich das Kulturministerium ebenfalls inhaltlich und mit Fördermitteln einbringt. Das Forum berät, vernetzt und unterstützt Akteure grenzüberschreitender Kulturprojekte aus den beteiligten Regionen.

*8. Gibt es schon erste Überlegungen für die Gipfelpräsidentschaft der Großregion, die Rheinland-Pfalz 2023 übernimmt? Falls ja, welche?*

Nach 2005 / 2006 und 2013 / 2014 wird das Land zum dritten Mal die Präsidentschaft in der Großregion am 01. Januar 2023 übernehmen. Das Arbeitsprogramm für die rheinland-pfälzische Präsidentschaft knüpft an die bisherigen Arbeiten der Großregion und der vorangegangenen Präsidentschaft Lothringens an. Zentral ist hier die Kontinuität in der Zusammenarbeit mit den

Fachressorts in Rheinland-Pfalz wie den interregionalen Organisationen der Großregion, wie zum Beispiel dem Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSAGR).

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen sollen jedoch zwei Themenbereiche besonders in den Fokus gestellt werden:

- Die verstärkte Zusammenarbeit in der Großregion im Bereich des Zivilschutzes, was den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz umfasst, und
- der Ausbau der Zusammenarbeit in der Energieversorgungssicherheit durch erneuerbare Energien. Hierzu soll ein grenzüberschreitender Energiedialog initiiert werden.

Rheinland-Pfalz wird sich zudem der Aufgabe stellen, auf der Grundlage des Raumentwicklungskonzepts der Großregion eine politische Strategie zu entwickeln und die Governance des Gipfels zu modernisieren und den aktuellen Herausforderungen anzupassen.

Daneben wird es aus verschiedenen Bereichen wie Sport, Kultur, Hochschule, Jugend bürgernahe Projekte und Veranstaltungen geben.

## **II. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

### *9. Welche Auswirkung hat die Digitalisierung auf die grenzüberschreitende Arbeit der Landesregierung?*

Digitalisierung in der GÜZ hat mit Beginn der Corona-Pandemie eine große Dynamik erfahren. Die Kommunikationsplattformen sind deutlich verbessert und ausgebaut worden. Viele Gesprächstermine wurden auf Videoschaltkonferenzen umgestellt und die entsprechende Technik zügig eingerichtet. So wurde z.B. im Haus der Großregion eine hybridfähige Video-Konferenz- und Dolmetschungsanlage angeschafft. Durch Videoschaltkonferenzen sind zweisprachige Sitzungen heutzutage deutlich erleichtert und regelmäßig geworden. Gleichwohl sind diese Schalten gerade unter interkulturellen Gesichtspunkten für die Zeit nach der Pandemie eher als hilfreiche Ergänzung zu Besprechungsrunden in Präsenz zu verstehen.

Darüber hinaus gibt es weitere grenzüberschreitende Projekte in den Kooperationsräumen am Oberrhein und in der Großregion, die die Digitalisierung für die Bürgerinnen und Bürger weiter voranbringen sollen. So sollen beispielsweise mithilfe von gemeinsamen Datenbanken die Beratungsstellen der INFOBEST-Stellen am Oberrhein den Bürgerinnen und Bürgern als Anlaufstelle dienen, um u.a. digitale Verwaltungsprozesse adäquat begleiten zu können nach dem Format einer „one-stop-agency“. Auch für dieses Projekt wird derzeit intensiv an einem Interreg-Antrag gearbeitet.

Exemplarisch kann auch auf das Interreg-Projekt „Smart Factory - das deutsch-französischen Lernnetzwerkes 4.0“ an der BBS im Landkreis Germersheim verwiesen werden. Hier werden im Zuge der Digitalisierung und im Zusammenwirken mit dem LKW-Werk in Wörth mit Auszubildenden praxisnahe Produktionssituationen simuliert. Partner sind u.a die Landesregierung und der Eurodistrict PAMINA.

#### *10. Wie kann sich der ländliche Raum in Grenznähe gut entwickeln?*

Aus Sicht der Landesregierung sollten gerade ländliche Räume in Grenznähe eine integrierte ländliche (Raum-)Entwicklungsstrategie erarbeiten und konsequent umsetzen. Die ländlichen Regionen müssen als attraktiver Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum erhalten und entwickelt werden. Dabei ist auch den spezifischen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel oder dem Fachkräftemangel Rechnung zu tragen. Gerade ländlich geprägte Gebiete in Grenznähe sollten Chancen der Zusammenarbeit mit benachbarten Regionen in anderen Mitgliedstaaten ergreifen. Dies unterstützt die Landesregierung auch unter Verwendung von EU-Mitteln.

Die Vielfalt der rheinland-pfälzischen ländlichen Räume erfordert aus Sicht der Landesregierung, die erforderlichen Entwicklungen insbesondere auch durch Stärkung des Partnerschaftsprinzips zu unterstützen. Die Landesregierung nutzt sowohl die Möglichkeiten nationaler Förderprogramme (bspw. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“) wie auch die EU-Förderprogramme (bspw. ELER-

Förderung, Interreg) um den Regionen aufeinander abgestimmte Förderangebote zu machen. Dies reicht von der Förderung der Verbesserung der Infrastruktur in ländlichen Gebieten einschließlich touristischer Einrichtungen, der Förderung der Land- und Forstwirtschaft oder von KMU, der Digitalisierung bis hin zur Unterstützung von Regionalinitiativen oder ehrenamtlichen Bürgerprojekten. Hinzu kommen etwaige raumplanerische Konzepte bzw. Programme. Beispielhaft zu nennen ist hier das „Entwicklungskonzept Oberes Moseltal (EOM)“. Ein durch die Länder Rheinland-Pfalz, Saarland und Luxemburg anteilig finanzierter Regionalmanager unterstützt hier die praktische Umsetzung vor Ort und stimmt sich dabei eng mit den lokalen LEADER-Regionalmanagements (insbes. Region Miselerland in Luxemburg und Moselfranken in Rheinland-Pfalz) ab.

Die rheinland-pfälzischen ländlichen Gebiete in Grenznähe können grundsätzlich von allen EU-Förderprogrammen profitieren. Gerade die ESF-, EFRE- und ELER-Förderung bieten vielfältige Möglichkeiten, die sie in Ergänzung der Landesförderprogramme zur Umsetzung ihrer Entwicklungsstrategie nutzen können. Dabei geht es nicht um die augenscheinlichen Angebote wie die Interreg-Programme, sondern auch die Mainstreamförderungen. Da die ländlichen Räume in Grenznähe land- und forstwirtschaftlich geprägt sind, ist dabei bspw. auch die ELER -Förderung der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik zu nennen.

*11. In welchen Bereichen wurde die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Hinblick auf die Pandemiebekämpfung verstärkt?*

Durch die Nutzung der durch den Vertrag von Aachen etablierten Struktur des AGZ und einer sukzessiven erfolgten Erweiterung des Teilnehmerkreises (z.B. um die Partner in der Großregion) konnte in der Pandemie durch eine wöchentlich stattfindende Videokonferenz mit der Präfektin der Region Grand Est ein direkter Austausch der Partner in den Grenzregionen gemeinsam mit den nationalen Ebenen etabliert werden. Die Digitalisierung ermöglichte während der Pandemie und den damals bestehenden Kontaktbeschränkungen u.a. die Fortführung effektiver und Vertrauen schaffender Kommunikation in Krisenzeiten mit den Partnern in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Lösungen wie der

Patientenverlegung, der 24-Stunden-Ausnahme-Regel etc. gefunden werden. Von Seiten der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz nahmen an diesen Schalten Frau Staatssekretärin Heike Raab sowie Herr Beauftragter Werner Schreiner teil. Die Videoschaltkonferenzen werden, wenn auch mit aktuell geringerem Turnus, als Instrument des Austauschs beibehalten.

In der Großregion wurde mit der Einrichtung einer Corona Task Force ein weiteres Austauschgremium geschaffen.

Auch die AG Gesundheit der Oberrheinkonferenz beschäftigt sich intensiv mit dem Thema wie auch mit etwaigen Schlussfolgerungen und Lehren aus der Pandemie.

Darüber hinaus arbeitet Rheinland-Pfalz federführend durch das zuständige Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung im Bereich der Fachkräfte-Weiterbildung in Medizin und Pflege, um bei möglichen künftigen asymmetrischen Notlagen schnell reagieren zu können. Ziel sollte es dabei sein, fachlich geschultes Personal schnell dies- und jenseits der Grenze verlegen zu können. Dies würde den enormen logistischen Aufwand von Patientenverlegungen, die im Rahmen der Corona-Pandemie auch in Rheinland-Pfalz realisiert werden konnten, deutlich minimieren. Hierzu wurden auch direkte Kontakte zwischen den Krankenhäusern etabliert.

Bedingt durch die Corona-Pandemie konnte in den Jahren 2020 und 2021 das französisch-deutsche Forum nicht in bewährter Form stattfinden. Um die Arbeitsgruppe "Arbeitsschutz über Grenzen hinweg" lebendig zu halten und wegen des direkten Bezugs des Infektionsschutzes zum Arbeitsschutz, hat sich die Gruppe im Jahr 2021 in drei Terminen über die Corona-Thematik in einem Onlineformat ausgetauscht. Hier gab es zwar keine Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, aber diese wurde auf neuen Wegen weiter fortgeführt. Inhaltsschwerpunkte waren neben allgemeinen Pandemiemaßnahmen auch der gelebte Infektionsschutz in den Betrieben sowie der Überwachungsauftrag.

Die Digitalisierung hat in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe einen erheblichen Fortschritt erfahren. Fanden vor der Pandemie

die Sitzungen immer vor Ort statt, wurden nach anfänglichem Zögern die Informations- und Diskussionsrunden virtuell durchgeführt. Die kompetente Moderation und Übersetzung ermöglichte es der Arbeitsgruppe, sich auszutauschen, konnte aber den persönlichen Kontakt nicht vollständig ersetzen. Für das Jahr 2022 wird in Betracht gezogen, das jährliche Forum digital beziehungsweise als Hybrid-Veranstaltung durchzuführen.

## *12. Welche grenzüberschreitenden Verkehrsprojekte gibt es?*

Nirgendwo sonst in Europa gibt es eine größere grenzüberschreitende Mobilität als in der Großregion und der Oberrheinregion, deren Teilgebiete in fünf verschiedenen Staaten liegen. Mobilität ist eine bedeutende Herausforderung in grenzüberschreitender Zusammenarbeit und eine wesentliche Voraussetzung für das wirtschaftliche Wachstum, die Beschäftigung und die Einbindung der Bevölkerung in das grenzüberschreitende gesellschaftliche Leben. Ab 2024 sollen im grenzüberschreitenden SPNV umsteigefreie (!) Verbindungen angeboten werden. Derzeit werden entsprechende Schienenfahrzeuge für die anstehende Serienproduktion sowie einheitliche Tarife und gemeinsame Fahrpläne in der Grenzregion entwickelt. Das wird ein sehr attraktives Angebot, um vom eigenen Auto auf das öffentliche Verkehrswesen zu wechseln, das klimafreundlich und energieschonend ist. Es bietet auch Menschen ohne Auto neue Verbindungen zum Arbeitsmarkt, sowie Auszubildenden oder Studierenden klimafreundliche Mobilität und fördert zudem für alle neuen Pendler das Gefühl eines gemeinsamen gelebten europäischen Alltagsraumes.

Beispiele der einbezogenen Streckenangebote:

- Realisierung einer grenzüberschreitenden Regional-Express-Verbindung zwischen Trier und Lothringen (Thionville, Metz, Nancy)
- Reaktivierung Trierer Weststrecke. Damit will der SPNV-Nord nicht nur den Bahnverkehr im Trierer Westen reaktivieren, sondern auch den Trierer Westen besser an die umliegende Region inklusive unserem Nachbarn Luxemburg anbinden.

- Anpassung Schienenstrecke Neustadt / W. – Wissembourg – Strasbourg inkl. Bahnsteigverlängerungen etc.
- Anpassung Schienenstrecke Wörth – Lauterbourg - Strasbourg

Rheinland-Pfalz nimmt an dem EU ITS Förderprojekt URSA MAJOR neo (kofinanziert von „Connecting Europe Facility“) teil. URSA MAJOR befasst sich in erster Linie mit verkehrlichen Verbesserungen für den Straßengüterfernverkehr auf einem TEN-T Korridor, der die wichtigsten Wirtschaftsregionen zwischen Rotterdam und Sizilien verbindet. Das spezifische Interesse des Landes liegt in der Verbesserung der Leistungsfähigkeit dieses Korridors, der für die Wirtschaft des Landes von großer Bedeutung ist. Für URSA MAJOR neo (3. Phase von URSA MAJOR) haben 35 ausführende Verwaltungen und Straßen- und Hafenbetreiber aus Italien, Deutschland und den Niederlanden ein Konsortium gebildet, das mit den Transitländern Schweiz und Österreich eng kooperiert. Die URSA Major MAJOR neo Baumaßnahmen umfassen verschiedene Themenbereiche (Lkw-Parken, Verkehrs- und Reisezeitinformationssysteme und -dienste, Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sowie Pilotprojekte zur Erprobung innovativer Konzepte zur Datenerfassung und zum Datenaustausch).

Mobiregio ist eine kollaborative Plattform auf der sich die verantwortlichen Organe des öffentlichen Transports der Großregion über mögliche Zusammenarbeiten und Symbiosen austauschen und die Kunden über ihre Möglichkeiten nachhaltiger Mobilität in der Großregion informieren. Ziel ist eine Verbesserung der Mobilität in der Großregion; insbesondere eine grenzüberschreitende, umfassende Fahrplanauskunft und Kundeninformation.

Als Strategischer Partner ist Rheinland-Pfalz am Interreg VA „Großregion“ – Projekt „TERMINAL - Automatisierte elektrische Minibusse im grenzüberschreitenden Pendlerverkehr“ beteiligt. Das Projektkonsortium wird dabei mit Fachexpertise unterstützt. Rheinland-Pfalz profitiert für die mögliche Implementierung autonomer Busse von den gewonnenen Erfahrungen des Projektes.

Das MWVLW ist als Strategischer Partner in das Interreg VA „Großregion“ - Projekt „MMUST- Multimodales Modell und Szenarien des Verkehrs über Territorialgrenzen“ eingebunden. U. a. wird davon ausgegangen, Synergien durch die Einbringung der relevanten Daten aus dem Mobilitätskonsens in das Projekt MMUST zu schaffen.

MMUST erarbeitet unter Beteiligung von 23 Partnern ein multimodales Verkehrsmodell für den Personen- und Güterverkehr. In einem ersten Stadium umfasst das Projekt ausschließlich die französischen, belgischen und luxemburgischen Gebiete der Großregion. Als so genannter Strategischer (d.h. nicht finanziell beteiligter) Partner kann Rheinland-Pfalz zurzeit einerseits von den Ergebnissen der Studie profitieren, andererseits auch Expertise einbringen.

Die vorgesehene Projektlaufzeit dauert vom 02.01.2018 bis zum 31.12.2022.

Aus der Sicht des Vorsitzes der Arbeitsgruppe „Verkehrspolitik“ der Oberrheinkonferenz, den das MWVLW innehat, sind folgende Verkehrsprojekte zu nennen:

Für die Gebietskörperschaften am Oberrhein ist die grenzüberschreitende europäische Dimension der Mobilitätsthemen zur selbstverständlichen Prämisse ihrer Arbeit geworden. Zwischen deutschen und französischen Projektpartnern wird zurzeit eine Kooperation umgesetzt, um ab Dezember 2024 täglich neue, umsteigefreie Zugverbindungen grenzüberschreitend anzubieten:

- Trier - Metz
- Neustadt a. d. W. – Wissembourg – Strasbourg
- Karlsruhe / Wörth – Lauterbourg – Strasbourg
- Saarbrücken – Metz
- Saarbrücken – Strasbourg
- Offenburg – Strasbourg
- Mühlheim – Mulhouse

Diese Verbindungen sind wertvoll für Berufspendler:innen sowie generell für die Pflege der Freundschaft über Staatsgrenzen hinweg. Fahrzeuge wurden bestellt, die Ausschreibungen werden vorbereitet. Darüber hinaus liegt ein Fokus der Verkehrspolitik am Oberrhein auf den grenzüberschreitenden Radwegeverbindungen. Es werden zurzeit die vorhandenen Strecken erfasst und die notwendigen Lückenschlüsse kartographisch dargestellt. Außerdem wird die Verbesserung der Verkehrssicherheit im Radverkehr in den Blick genommen. Zudem gewinnen Radschnellverbindungen an Bedeutung. Ein Beispiel für die Zusammenarbeit ist der Rad „Sauer-Pechelbronn-Dahn“ zur Förderung des grenzüberschreitenden Fahrradtourismus (<https://www.interreg-oberrhein.eu/projet/rad-sauer-pechelbronn-dahn-forderung-des-grenzuberschreitenden-fahrradtourismus-im-nordlichen-teil-der-verbandsgemeinde-sauer-pechelbronn-und-der-verbandsgemeinde-dahnerfelsenland/>)

Um die Aufmerksamkeit von kommunalen Entscheidungsträgern der Region Oberrhein auf die Fördermöglichkeiten der EU zu lenken, sollen Gespräche und Informationsveranstaltungen wie zuletzt am 06. April 2022 in den Räumlichkeiten des DLR in Neustadt / a.d.W erfolgen. 2023 werden die Gespräche mit den kommunalen Entscheidungsträgern der Region fortgeführt. Es gibt auch am Oberrhein zahlreiche grenzüberschreitende Verkehrsprojekte im Rahmen von Interreg A-Programmen, die in den vergangenen Jahren mit rheinland-pfälzischer Beteiligung umgesetzt wurden. Beispielhaft stichwortartig seien hier genannt:

- Interreg V A Großregion
  - o Neubau Fähre Sankta Maria II (<http://www.interreg-gr.eu/de/projects/neubau-faehre-sankta-maria-ii/>)
  - o MMUST (<http://www.interreg-gr.eu/de/projects/mmust-4/>)
  - o TERMINAL (<http://www.interreg-gr.eu/de/projects/terminal-2/>)
  
- Interreg V A Oberrhein

- o „Matériel roulant“: Strategische Studie (<https://www.interreg-oberrhein.eu/projet/materiel-roulant-strategische-studie-dimensionierung-der-grenzuberschreitenden-verkehrsverbindungen-und-festlegung-des-grenzuberschreitenden-rollenden-materials/>)
- o Entwicklung des grenzüberschreitenden Zuges Coradia Polyvalent (<https://www.interreg-oberrhein.eu/projet/coradia-polyvalent-entwicklung-des-grenzueberschreitenden-zuges-coradia-polyvalent/>)
- o SuMo-Rhine (Sustainable Mobility Rhine): Förderung der nachhaltigen Mobilität in der Oberrheinregion (<https://www.interreg-oberrhein.eu/projet/sumo-rhine-sustainable-mobility-rhine-forderung-der-nachhaltigen-mobilitat-in-der-oberrheinregion/>)
- o Rad Sauer-Pechelbronn-Dahn: Förderung des grenzüberschreitenden Fahrradtourismus

REGIOTARIF: Entwicklung eines grenzüberschreitenden Tarifangebotes für den SPNV Oberrhein und Großregion (<https://www.interreg-oberrhein.eu/projet/regiotarif-entwicklung-eines-grenzueberschreitenden-tarifangebotes-fuer-den-spnv-oberrhein-und-grossregion/>)

*13. Wie viele Menschen pendeln grenzüberschreitend zwischen ihrem Wohnort und ihrem Arbeitsplatz (sowohl nach Rheinland-Pfalz als auch aus Rheinland-Pfalz)?*

In Rheinland-Pfalz sind die so genannten „Auspendelbewegungen“ wesentlich bedeutender als die „Einpendlerströme“. Die kontinuierlich wachsende Zahl an Rheinland-Pfälzern, die aufgrund der geografischen Lage und der Arbeitskräftenachfrage im Großherzogtum Luxemburg arbeiten, ist quantitativ weitaus bedeutsamer als im Saarland. Der Einpendlerstrom aus Frankreich nach Rheinland-Pfalz bewegt sich im Vergleich zum Saarland wiederum auf einem relativ niedrigen quantitativen Niveau und entwickelt sich seit einigen Jahren tendenziell rückläufig.

Im Jahr 2019 pendelten mehr als 4.100 sozialversicherte Erwerbstätige aus Frankreich nach Rheinland-Pfalz. 200 Menschen pendelten von Luxemburg nach Rheinland-Pfalz und 180 kamen täglich zum Arbeiten aus Belgien. Knapp 34.600 Personen pendelten 2019 aus Rheinland-Pfalz nach Luxemburg täglich an ihren Arbeitsplatz. Die Grenzgänger aus Rheinland-Pfalz machten damit mehr als drei Viertel aller aus Deutschland kommenden Luxemburg-Pendler aus.

Darüber hinaus kommen noch weitere Personengruppen zu den Pendlern hinzu, wie beispielsweise Handwerksbetriebe, die dies- und jenseits der Grenze Aufträge wahrnehmen und dazu auch nach Rheinland-Pfalz ein- oder in die Nachbarregionen auspendeln.

#### *14. Welche Voraussetzungen sind notwendig für das Pendeln der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der Grenzregionen?*

Die im Primärrecht („acquis communautaire“) verankerte EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit ist die zentrale Voraussetzung dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der Grenzregionen pendeln können.

Im Sekundärrecht trägt insbesondere die Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit dazu bei, dass die Bürgerinnen und Bürger von dem Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit tatsächlich Gebrauch machen. Sie regelt im grenzüberschreitenden Kontext den Zugang zu den Leistungen der Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für das Pendeln innerhalb der Grenzregionen ist, dass Grenzpendlerinnen und Grenzpendler Zugang zu Informationen, zum Beispiel über den Arbeits- und Ausbildungsmarkt sowie das Arbeitsrecht im Beschäftigungsstaat erhalten und Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche erfahren. Entsprechende Informations-, Beratungs- und Vermittlungsangebote werden beispielsweise von EURES Großregion und EURES Oberrhein angeboten. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung ist Partner dieser grenzüberschreitenden Netzwerke.

Mit der Task Force Grenzgänger der Großregion, angesiedelt bei der Arbeitskammer des Saarlandes in Saarbrücken, fördert das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung gemeinsam mit Partnern aus den beteiligten Teilregionen darüber hinaus ein Projekt, das administrative Hemmnisse für die grenzüberschreitende berufliche Mobilität in der Großregion systematisch untersucht und juristische Lösungsvorschläge zu ihrer Überwindung entwickelt. Diese betreffen insbesondere das Arbeits-, Steuer- und Sozialversicherungsrecht.

*15. Welche grenzüberschreitenden Abkommen und Vereinbarungen gibt es in diesem Zusammenhang?*

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung hat Kooperationsvereinbarungen zur Förderung der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle, der Task Force Grenzgänger der Großregion sowie im Rahmen der Netzwerke EURES Großregion und EURES Oberrhein geschlossen.

Darüber hinaus wurde als Ergebnis der rheinland-pfälzischen Präsidentschaft des Gipfels der Großregion 2013/2014 die Rahmenvereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion unterzeichnet. Rheinland-Pfalz hat die Rahmenvereinbarung im Kontext der Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und dem Großherzogtum Luxemburg in bilateralen Vereinbarungen konkretisiert (2016 beziehungsweise 2018).

Die Rahmenvereinbarung ist seit dem Jahr 2014 Impulsgeber und Ausgangspunkt für zahlreiche grenzüberschreitende berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote beziehungsweise Mobilitätsprojekte, Beratungs- und Vermittlungsstellen, Maßnahmen der grenzüberschreitenden Berufsorientierung, politische Initiativen, Kooperationsvereinbarungen und Netzwerke in der Großregion.

Im Bereich des Steuerrechts müssen Grenzgänger oder Grenzgängerinnen besondere Voraussetzungen erfüllen. Diese ergeben sich aus den

Vereinbarungen zwischen den beteiligten Staaten. Die Steuer auf das Gehalt wird im Wohnsitzland entrichtet.

Ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) – korrekte Bezeichnung: Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung – ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen Staaten, in dem geregelt wird, in welchem Umfang das Besteuerungsrecht einem Staat für die in einem der beiden Vertragsstaaten erzielten Einkünfte oder für das in einem der beiden Vertragsstaaten belegene Vermögen wie etwa einem Grundstück oder einer Immobilie im Nachbarland zusteht. Ein DBA soll vermeiden, dass bei natürlichen oder juristischen Personen, die Einkünfte im Ausland erzielen, diese ausländischen Einkünfte sowohl vom Ansässigkeitsstaat (Wohnsitz- oder Sitzstaat) als auch vom Quellenstaat (Staat, in dem die Einkünfte erzielt werden) besteuert werden (Vermeidung der Doppelbesteuerung). Sonderabkommen bestehen zu Einkünften und Vermögen von Schifffahrt- und Luftfahrtunternehmen.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die durch die Partner in der Großregion 2011 gegründete Task Force Grenzgänger, die konkrete juristische und administrative Lösungsvorschläge erarbeitet für Probleme grundsätzlicher Art von Grenzgängern, Auszubildenden, Praktikanten und Personen in Weiterbildungsmaßnahmen sowie Unternehmen, die Grenzgänger beschäftigen. Ziel ist hierbei die Verbesserung der beruflichen Mobilität auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt in der Großregion. Das gilt auch für den Oberrhein.

*16. Wie steht die Landesregierung zu der Möglichkeit, auf freiwilliger Basis die rechtlichen Vorschriften eines Mitgliedstaats im Nachbarmitgliedstaat anzuwenden?*

Die Landesregierung hat sich in den vergangenen Jahren wiederholt aufgeschlossen zu dieser Möglichkeit geäußert, denn damit könnte die Umsetzung von grenzüberschreitenden Projekten vereinfacht werden, sei es etwa in der gemeinsamen Wasserversorgung, in der Energienutzung oder in Verkehrsverbindungen.

Für die Förderperiode 2023-2027 sieht der Entwurf des deutschen GAP-Strategieplan für gebietsübergreifende, überregionalen und transnationalen LEADER-Kooperationen vor, dass für nicht teilbare Vorhaben die für die federführende Lokale Arbeitsgruppe (LAG) maßgeblichen Regeln gelten.

Als juristische Grundlage beispielsweise kann auch der 2019 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik geschlossene Vertrag von Aachen dienen. Er widmet der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein eigenes Kapitel (Kapitel 4, Artikel 13 bis 17) und sieht die Einrichtung des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor. Der Ausschuss soll u.a. dabei unterstützen, fortlaufend die in Grenzregionen bestehenden Schwierigkeiten, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Gesundheit, Energie und Transport festzustellen und Vorschläge für den Umgang damit zu erarbeiten und einer Lösung zuzuführen. Sofern kein anderes Instrument es den beiden Staaten ermöglicht, Hindernisse dieser Art zu überwinden, können auch angepasste Rechts- und Verwaltungsvorschriften einschließlich Ausnahmeregelungen vorgesehen werden.

Gegen eine Anwendung von Rechtsvorschriften eines benachbarten Mitgliedsstaats durch deutsche Verwaltungsbehörden bestehen keine (verfassungs-)rechtlichen Bedenken, soweit das deutsche Recht Konkretisierungs- und damit Handlungsspielräume für die Verwaltung eröffnet. Sieht das deutsche Recht etwa für bestimmte Sachgebiete oder Themenbereiche nur Generalklauseln oder allgemeine Vorgaben vor, können die hierdurch eröffneten Regelungsmöglichkeiten durch bestimmte Normen aus einem Nachbarstaat konkretisiert werden.

Voraussetzung ist allerdings, dass die Rechtsvorschriften des Nachbarmitgliedstaats nicht zu sonstigen nationalen Gesetzen oder Vorschriften in Widerspruch stehen. Insbesondere bei belastenden Maßnahmen der öffentlichen Gewalt, die einen Eingriff in den Schutzbereich eines Freiheitsrechts darstellen, sind die Grundsätze des Vorrangs sowie des Vorbehalts nationaler Gesetze zu beachten.

Denn nach Art. 20 Abs. 2 GG geht alle Staatsgewalt vom Volke aus und wird vom Volk durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Art. 20 Abs. 3 bestimmt u.a., dass die Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die vollziehende Gewalt an Gesetz und Recht gebunden sind.

Auch das Bundes- und die Landesparlamente können als Organe der Legislative Gesetze verabschieden, die inhaltlich denen benachbarter Staaten entsprechen, sofern diese der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht entgegenstehen. Ebenso sind Organe der Exekutive, mithin Bundes- oder Landesregierungen, befugt, Rechtsverordnungen zu erlassen, die inhaltlich Regelungen aus Nachbarstaaten übernehmen, soweit dies mit nationalen Ermächtigungsgrundlagen und Vorgaben des Grundgesetzes und der jeweiligen Landesverfassung in Einklang steht.

Im Übrigen ist es nicht unüblich, bei Gesetzesvorhaben rechtsvergleichend die Rechtsvorschriften anderer Staaten insbesondere von Nachbarstaaten in Betracht zu ziehen oder gleich- bzw. ähnlich lautende Vorgaben zu erlassen.

### **III. Interregionale Beziehungen**

*17. Welche Projekte finden im Rahmen des 4er-Netzwerks statt?*

Verweis auf die beispielhaften Antworten zu den Fragen 1, 3 und 4.

*18. Welchen Stellenwert hat das 4er- Netzwerk für das Zusammenwachsen von West- und Mittel-/Osteuropa auf der Ebene regionaler Kooperation?*

Das 4er-Netzwerk trägt zur interregionalen Integration der 2004 zur Europäischen Union beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten Polen und Tschechische Republik bei. Es fördert die Begegnung von mehrheitlich jungen Menschen in unterschiedlichen Kontexten und kann damit zur inneren Entwicklung und Festigung der EU beitragen.

Die vier Regionen arbeiten im politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und administrativen Bereich zusammen. Der Zusammenschluss rückt die Regionen gezielt ins Bewusstsein der Menschen und stärkt die regionale Komponente im politischen System der EU: größtmögliche Bürgernähe, fundierte lokale Sachkompetenz und starke Identifikationspotenziale.

Auf dieser Basis verwirklichen beteiligte Partner Projekte in unterschiedlichen Bereichen, auch im Rahmen europäischer Förderprogramme. Felder der Zusammenarbeit sind etwa Kultur, Bildung und Hochschulen, Wirtschaft und Umwelt, Tourismus und Weinbau, Politik für den ländlichen Raum, Soziales, kommunale Zusammenarbeit und Verwaltungskooperationen.

2015 wurde das 4er-Netzwerk der Regionalpartner um die innenpolitisch neu gebildete französische Region „Burgund-Franche-Comté“ gewissermaßen erweitert.

*19. Welche kommunalen Partnerschaften bestehen zwischen rheinland-pfälzischen Kommunen und Kommunen aus anderen europäischen Ländern?*

In der Datenbank des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) (<https://www.rgre.de/partnerschaft/datenbank>, Zugriff am 22.4.2022) sind derzeit in Rheinland-Pfalz 413 kommunale Partnerschaften mit Kommunen in europäischen Ländern verzeichnet:

<b>Land</b>	<b>Anzahl</b>
Belgien	14
Bosnien und Herzegowina	1
Finnland	1
Frankreich	271
Griechenland	1
Italien	29

Kosovo	1
Kroatien	5
Luxemburg	2
Malta	1
Niederlande	4
Österreich	10
Polen	18
Portugal	1
Schweden	1
Schweiz	2
Spanien	2
Tschechische Republik	2
Ungarn	7
Vereinigtes Königreich	38

*20. Welche zivilgesellschaftlichen Verbindungen gibt es über kommunale Partnerschaften hinaus (soweit Bericht hierüber möglich)?*

Neben der bereits ausgeführten europaweiten Vernetzung der Institutionen, Vertretungen und Organe des Landes, der zahlreichen Schulpartnerschaften (Antworten zu den Fragen 1-4) kann an dieser Stelle beispielhaft für den zivilgesellschaftlichen Austausch die Arbeit des Landessportbundes (LSB) aufgeführt werden. Im Rahmen der vielschichtigen Zusammenarbeit führt der LSB den deutsch-französischen Sporttag durch unter Beteiligung Oppelner und Mittelböhmischer Partner. Außerdem findet jährlich eine Partnerschaftsbörse in Dijon (Burgund-Franche-Comté) statt, bei der grenzüberschreitende und interregionale Kontakte zwischen Sportvereinen geschlossen werden können. Ziele des Austauschs sind hierbei nicht nur die Kontakte an sich, sondern auch der Austausch über Informationen zu europaweiten Fördermöglichkeiten.

Außerdem bietet der LSB Ausbildungsseminare an, bei denen die Vorbereitung und die Durchführung multilateraler Sportbegegnungen auf der Agenda stehen. Sprachanimationen und die Sensibilisierung für internationale Begegnungen sind dabei Elemente der Ausbildungsseminare. Am 4. Mai 2022 findet eine online Veranstaltung zum Thema „Europa in rheinland-pfälzischen Sportvereinen fördern“ statt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Heike Raab', with a large, stylized loop at the beginning.

Heike Raab